

Das schießende Klassenzimmer: Wie die Bundeswehr massiv an Schulen wirbt

Mit dieser Überschrift berichtete Oliver Weinlein in der Berliner Zeitung am 26.03.2026, dass die Bundeswehr sich massiv in den pädagogischen Schutzraum der Schulen drängt. „Wo Heranwachsende eigentlich zivile Konfliktlösung und kritisches Denken lernen sollen, übernehmen zunehmend Uniformierte das Wort.“¹

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) sprach bereits 2024 von einer „Militarisierung des Bildungssektors“. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lehnt den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf Unterricht und Lehrerbildung ausdrücklich ab. GEW-Vorständin Anja Bensinger-Stolze stellte dazu unmissverständlich klar: „Schule ist kein Ort der Nachwuchsrekrutierung für die Bundeswehr.“²

In den offiziellen Kooperationsvereinbarungen ist zwar verankert, dass Jugendoffiziere sich an diese pädagogischen Grundsätze halten müssen, nicht werben dürfen und die Gesamtverantwortung stets bei der jeweiligen Lehrkraft liegt. In der schulischen Realität offenbart sich jedoch ein tiefgreifender Widerspruch: Ein Offizier in Uniform tritt niemals als rein neutraler Referent auf, sondern bleibt immer Repräsentant einer hierarchischen Organisation mit einem klaren staatlichen und sicherheitspolitischen Auftrag.³

Die Bundeswehr hat im vergangenen Jahr mehr als 5.500 Besuche an Schulen absolviert. Das waren etwas weniger als im Jahr zuvor, wie aus einer Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die dem Evangelischen Pressedienst (epd) vorliegt. 2024 waren Angehörige der Truppe 6.137-mal in Schulen zu Gast, im vergangenen Jahr 5.529-mal wie der „Spiegel“ berichtete.⁴

Vom Abenteuer zur Realität des Krieges

In der allgemeinen Werbung der Bundeswehr dominieren oft Begriffe wie Abenteuer, Technik und Kameradschaft. Die harten Realitäten des Soldatenberufs – die Gefahr von Traumatisierung, Verwundung oder Tod im Ernstfall – bleiben in diesen Kampagnen im Hintergrund. Diese Einseitigkeit der Außendarstellung wird besonders dann zum Problem, wenn sie auf Jugendliche trifft, deren kritische Reflexionsfähigkeit noch in der Entwicklung steht.

Die Forderung vieler Initiativen wie des Bündnisses „Schulfrei für die Bundeswehr“⁵ lautet daher: Schulen müssen zivile Räume bleiben. Politische Bildung gehört in die Hände von qualifizierten Lehrkräften und nicht in die Mitverantwortung des Militärs. Eine Gesellschaft, die den Frieden postuliert, muss sich der Debatte stellen, wie viel militärische Präsenz in ihren Bildungseinrichtungen vertretbar ist.

¹ Berliner Zeitung vom 26.03.2026, Das schießende Klassenzimmer: Wie die Bundeswehr massiv an Schulen wirbt. Die Truppe drängt immer weiter in deutsche Schulen vor. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/das-schiessende-klassenzimmer-wie-die-bundeswehr-massiv-an-schulen-wirbt-li.10026923>

² A.a.O.

³ A.a.O.

⁴ Berliner Zeitung vom 9.1.2026 mit der Überschrift: Militarisierung der Bildung stoppen.

⁵ Unseren Aktivitäten, so das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ liegt die Überzeugung zugrunde, dass SchülerInnen nicht für den Dienst an der Waffe angeworben werden sollen, sondern lernen, wie politische Konflikte gewaltfrei und zivil ausgetragen werden können, und befähigt werden, sich für die Menschenrechte einzusetzen und solidarisch zu leben – ganz im Sinne von Art. 24 (2) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und Art. 12 der Landesverfassung Baden-Württemberg (Erziehung zur Friedensliebe).